



NEWSLETTER

Gemeinsam für unsere Heimat



Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

*Patienten- u. Pflegebeauftragter der
Bayer. Staatsregierung,
Pflegepolitischer Sprecher, Frankensprecher*

Wolfgang Hauber, MdL

Innenpolitischer Sprecher

NEUIGKEITEN AUS DEM BAYERISCHEN LANDTAG UND UNSERER HEIMAT MITTELFRANKEN

März 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

in Deutschland und auch in Bayern treten die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs immer deutlicher zutage. Die Bundesregierung rief die Frühwarnstufe des sogenannten Notfallplans Gas aus. **Wir müssen Versorgungssicherheit herstellen und alle Hürden aus dem Weg räumen, die diesem wichtigen Ziel zuwider laufen** – ob im Investitionsbereich oder bei Erneuerbaren Energien. Wenn wir jetzt alle an einem Strang ziehen, können wir eine Wirtschaftskrise noch erfolgreich abwehren.

Und doch haben wir FREIE WÄHLER im Landtag gerade einen Grund zum Feiern: **Die Rückzahlungsbescheide der Härtefallkommission für Straßenausbaubeiträge wurden verschickt – insgesamt werden 50 Millionen Euro überwiesen.** Alle Bürgerinnen und Bürger haben durch uns also gewonnen. Deshalb ein verdientes Prosit auf das Ende der STRABS!



Ein Grund zum Feiern: Die STRABS ist endlich Geschichte!

Russland-Ukraine-Krieg: Anpassung von Sustainable-Finance-Aktivitäten notwendig

Der Russland-Ukraine-Krieg hat für viele Länder Europas schwerwiegende Konsequenzen. So bereitet sich Deutschland aktuell auf eine Verschlechterung der Energieversorgung vor – die Bundesregierung rief am Mittwoch die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus. **In diesem Kontext dürfen Nachhaltigkeitskriterien nicht zur Gefahr für staatliche Souveränität, sozialen Frieden sowie notwendige Wirtschaftsbereiche werden.** Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Ampelregierung im Bund daher auf, sich schnellstmöglich für eine Anpassung sogenannter Sustainable-Finance-Aktivitäten einzusetzen. Denn Deutschlands sicherheitspolitische Debatte hinkt der Realität hinterher. Mit dem bloßen Nachjustieren bestimmter Stellschrauben werden wir neuen Gefahren deshalb nicht begegnen können. Die neue Bedrohung in Osteuropa erfordert zusätzliche Maßnahmen. Hier ist ein Umdenken im Hinblick auf Regeln für nachhaltige Investments unabdingbar. Zur Bewältigung der Aufgaben können privatwirtschaftliche Unternehmen mitunter beitragen. **Die neuen, auf besondere Nachhaltigkeit zielenden sogenannten ESG-Kriterien erschweren jedoch Finanzierungsmöglichkeiten.** Wenn wir uns nicht weiter von anderen Staaten abhängig machen wollen, ist eine neue Perspektive im Hinblick auf Sustainable-Finance-Regelungen dringend erforderlich. Mehr dazu [HIER](#).

Die neue Bedrohung
in Osteuropa
erfordert zusätzliche
Maßnahmen zur
Wahrung von
sozialem
Frieden und
nationaler
Sicherheit.

Gerald Pittner,
finanzpolitischer
Sprecher der
FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion



Wasserkraftanlagen nicht benachteiligen: Klare Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien notwendig!



Die Bundesregierung soll klare Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien schaffen, ohne dabei einzelne Anlagenformen zu benachteiligen – etwa die Wasserkraft. Mit einem Dringlichkeitsantrag wollen wir erreichen, dass der Bund sich für eine konsequente Umsetzung der Rahmenbedingungen zur Errichtung von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien einsetzt. **Denn in Bayern spielt die Wasserkraft eine außerordentlich große Rolle – es besteht weiteres Ausbaupotential.** Daher ist es aus bayerischer Sicht wichtig, Wasserenergie im Zuge der anstehenden Überarbeitung bundesrechtlicher Rahmenbedingungen nicht zu benachteiligen. Genau das ist in Artikel 10 des aktuell vorliegenden Referentenentwurfs zum „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ jedoch der Fall. **Insbesondere ist eine Doppelbelastung der Wasserkraft zu vermeiden, da die Einhaltung der gewässerspezifischen Vorschriften bereits ausreichend durch das bestehende Wasserhaushaltsgesetz geregelt ist – einschließlich empfindlicher Sanktionierungsmöglichkeiten.** Wir fordern daher, im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens eine Benachteiligung der Wasserkraft unbedingt zu verhindern. Mehr lesen Sie [HIER](#).

Landtagsabgeordneter Wolfgang Hauber im Gespräch mit dem Jugendparlament Weißenburg

Hauber: „Ich bin stolz darauf, dass die Jugend in Weißenburg mit dem neuen Gremium eine laute Stimme erhalten hat.“



Weißenburg. Auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Stadtrat Weißenburg wurde ein Jugendparlament auf den Weg gebracht, welches die Arbeit für die Jugend in der Stadt bereits erfolgreich aufgenommen hat.

Gemeinsam mit seiner Stadtratskollegin Manuela Mühlöder und Kollege Heinz Gruber traf sich der FREIE WÄHLER Stadtrat und Landtagsabgeordnete Hauber mit dem Jugendparlament. Besonderer Gast des

Austausches war auch die langjährige Jugendrätin und Jugendbeauftragte Julia Hacker aus Lauf, die dem neuen Parlament einige Tipps und Tricks mit auf den Weg geben konnte.

„Ich bin stolz darauf, dass die Jugend in Weißenburg mit dem neuen Gremium eine laute Stimme erhalten hat und die Wünsche und Anregungen direkt an uns Kommunalpolitikerinnen und -politiker getragen werden. Nun ist es wichtig, dass der Stadtrat die Arbeit unterstützt und fördert. Dafür werden wir uns einsetzen“, so Wolfgang Hauber.

Ein zentrales Thema des Gesprächs waren die Forderungen der Jugend, natürlich hier aktuell zu nennen: der Wunsch nach einem neuen Skatepark. Auch die Themen Jugendzentrum und Unterstützungsmöglichkeiten für junge ukrainische Geflüchtete wurden erörtert.

Die Politikerinnen und Politiker standen der Jugend auch Rede und Antwort zu aktuellen Themen aus dem Stadtrat. Der Abgeordnete bot an: „Egal ob kommunalpolitische Themen oder Landespolitisches, ich beantworte gerne alle Fragen und stehe euren Ideen aufgeschlossen gegenüber.“ Bei dieser Gelegenheit sprach Hauber auch eine Einladung für einen Besuch im Landtag aus.



Selbstverständlich war den Anwesenden wichtig, dass das Parlament von allen politischen Fraktionen die nötige Unterstützung erhält. „Der Support der Arbeit unseres Jugendparlamentes muss vom ganzen Stadtrat kommen. Daher ist es wichtig, dass die Jugendlichen ihre Wünsche an alle Fraktionen richten“, so Stadträtin Mühlöder.

Julia Hacker, die lange Zeit Vorsitzende des Jugendrates Lauf war, brachte ein, dass vor allem die Öffentlichkeitsarbeit wichtiger Bestandteil einer gut funktionierenden Jugendvertretung sei. „In Lauf laden wir alle Jugendlichen zu unserer jährlichen Jugendversammlung mittels Postkarten ein. Das ist einfach persönlich und kommt wirklich gut an“, erzählt Hacker. Die junge Kommunalpolitikerin bot ihre Unterstützung an und erläuterte auch die Möglichkeit, des Beitritts in den neu gegründeten Dachverband für bayerische Jugendvertretungen.

(Hauber)

Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2021: Bayern sicherer denn je

Hauber/FREIE WÄHLER: Besonderen Fokus auf Cyberkriminalität legen

Wolfgang Hauber, innenpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, zur Vorstellung der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) 2021 in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags:

„Die Corona-Pandemie hat die Bayerische Polizei das ganze Jahr über in Atem gehalten – unzählige Versammlungen in Zusammenhang mit der Pandemie mit höchster Sensibilität waren mit einem sehr hohen Personaleinsatz zu betreuen. Vor allem das erste und vierte Quartal des Jahres waren stark von der Verschärfung der Corona-Schutzmaßnahmen und der daraus resultierenden Intensivierung der Polizeikontrollen geprägt. Das Sicherheitsniveau der letzten Jahre wurde dennoch gehalten. Hier gilt den bayerischen Polizistinnen und Polizisten ein ausdrücklicher Dank!

Auch die Auswirkungen der Pandemie schlagen sich in den Zahlen der PKS deutlich nieder. So sind zwar Rückgänge bei den Einbruchs- und Raubdelikten zu verzeichnen. Gleichzeitig sehen wir aber mit Besorgnis, dass ein starker Anstieg im Bereich Cybercrime und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu verzeichnen ist. Die erneute Steigerung resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg bei Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung kinderpornographischer Erzeugnisse. Steigende Fallzahlen bei anderen Kriminalitätsphänomenen wie etwa dem Callcenter- oder dem Enkeltrickbetrug sind ebenfalls auffallend. Hier muss die Ermittlungsarbeit verbessert und optimiert werden. Gerade in Konstellationen, in denen die Täter im Ausland sitzen, was nicht selten vorkommt, müssen wir Handlungsoptionen haben und die künftige Polizeiarbeit darauf ausrichten.“

(Hauber)

Über acht Millionen Euro aus dem Kulturfonds 2022: Bayernweite Förderung von Kunst- und Kulturprojekten sowie -einrichtungen beschlossen

MdL Hauber/FREIE WÄHLER-Fraktion dankt Kulturschaffenden für Durchhaltevermögen in der Corona-Pandemie

Weißenburg i. Bay. - Auch im Jahr 2022 fördert der Freistaat mit seinem Kulturfonds eine Vielzahl von Kunst- und Kulturprojekten in allen Teilen Bayerns. **Dazu stellt die Staatsregierung fast 8,5 Millionen Euro zur Verfügung.** „Die Kultur- und Veranstaltungsbranche war mehr als jeder andere gesellschaftliche Bereich von den Corona-bedingten Einschränkungen betroffen“, erklärt Wolfgang Hauber, innenpolitischer Sprecher und Landtagsabgeordneter der FREIEN WÄHLER aus Weißenburg. **„Mit den Zuwendungen aus dem Kulturfonds senden wir das klare Signal an alle Kultur- und Kreativschaffenden, dass wir die enormen finanziellen Belastungen durch die Pandemie ernstnehmen und alles dafür tun wollen, um die kulturelle Vielfalt im Freistaat zu schützen und zu bewahren“**, betont Hauber.

Von den Zuwendungen profitieren neben Theatern, Museen und Musikinstitutionen auch Archive, Bibliotheken und Einrichtungen zur Literaturförderung. **Über 4,1 Millionen Euro stellt der Freistaat allein für diese Förderbereiche zur Verfügung.** Weitere 110.000 Euro fließen in den internationalen Ideenaustausch, 565.660 Euro in die Förderung zeitgenössischer Kunst und 230.000 Euro in Denkmalschutz und Denkmalpflege. Die Unterstützung erfolgt in Form von Zuschüssen. **Zudem wurde die Quote für Unvorhergesehenes aufgestockt**, um etwaige kurzfristige Absagen oder Schließungen von Kulturveranstaltungen und -einrichtungen wegen der andauernden Corona-Pandemie abzufedern. **„Bayerns Kultureinrichtungen verdienen einen bestmöglichen Neustart. Ich freue mich, dass gerade in meinem Stimmkreisbereich u.a. diese Projekte gefördert werden“**, erklärt Hauber.

Einen Zuschuss erhält z.B. auf Initiative des Abgeordneten Hauber die *Aufführung des Stückes „Der größte Glückskeks“* der **Stadt Weißenburg i. Bay. im Bergwaldtheater Weißenburg** (EUR 40.000). Außerdem wurde auch die **Stadt Schwabach** für das *Sonderkonzert mit Mozarts „Requiem“ und Purcells „Music for the Funeral of Queen Mary“* (EUR 5.500), die **Stadt Hersbruck** für die *2. Anschubförderung für das Sonderprojekt zum Intern. Gitarrenfestival Hersbruck „Neue Konzertreihe in Neumarkt/Opf., Nürnberg und Burgthann“* (EUR 9.800) und die **Stadt Dinkelsbühl** für die *Beschaffung eines neuen Tourneebusses für das Landestheater Dinkelsbühl* in Höhe von EUR 12.000 bedacht. **Insgesamt entfallen auf Mittelfranken Zuschüsse in Höhe von EUR 522.500.** Das Fördergebiet umfasst den gesamten Freistaat. Vorrangig unterstützt werden jedoch auch in diesem Jahr örtliche Initiativen außerhalb der Ballungszentren. Die Bandbreite der Maßnahmen reicht dabei von Zuwendungen für Sonderausstellungen, Theaterproduktionen und Musikfestivals über die Schaffung zusätzlicher Archiv- und Theaterräume bis hin zur finanziellen Unterstützung von Musik, Theater- und Tanzprojekten. **„Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion freuen uns besonders darüber, dass mit dem Kulturfonds wieder mehr Kultur in die Fläche kommt und insbesondere auch kleinere Kulturinitiativen Unterstützung und damit auch Wertschätzung erfahren“**, so Hauber. „Verbunden mit der finanziellen Unterstützung ist auch unser ausdrücklicher Dank an alle Kulturschaffenden, die in den vergangenen zwei Jahren der

Pandemie ein beeindruckendes Durchhaltevermögen an den Tag gelegt haben“, so Hauber abschließend.

(Hauber)

Bescheide für die Straßenausbaubeiträge wurden verschickt



Landtagsabgeordneter Wolfgang Hauber begrüßt den Abschluss des Verfahrens

Weißenburg/München. Die Härtefallkommission für Straßenausbaubeiträge hat noch im ersten Quartal 2022 alle der rund 20.000 Bescheide verschickt und beendet damit ihre Arbeit. **„Für uns FREIE WÄHLER ist dies ein großer Erfolg. Ich persönlich habe mich jahrelang, für die Abschaffung der STABS aktiv eingesetzt. Daher freue ich mich auch besonders, dass nun an tausende Bürgerinnen und Bürger, die durch die Erhebung dieser Beiträge eine besondere Härte erleiden mussten, endlich die Bescheide versendet**

wurden. Außerdem konnte damit wieder ein Punkt in unserem Koalitionsvertrag erfolgreich umgesetzt werden“, erläutert der Weißenburger Landtagsabgeordnete Wolfgang Hauber.

Die FREIEN WÄHLER setzten sich intensiv für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein und riefen sogar das Volksbegehren „Rote Karte für die Strabs!“ ins Leben. Gerne erinnert Hauber an die Aktionen der FREIEN WÄHLER gegen die Erhebung der Beiträge: „Mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern aus meinem Landkreis konnte ich selbst über 20.000 Stimmen für unser Anliegen gewinnen. Besonders gefreut hat es mich dann, im März 2018 die insgesamt 189.893 Stimmen mit meinen Kolleginnen und Kollegen an das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr übergeben zu dürfen.“ Bereits im Mai 2019 wurde das Verfahren „Härteausgleich Straßenausbaubeitrag“ auf den Weg gebracht und damit einen Härtefallfonds in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit sollen besondere Härten durch Straßenausbaubeiträge anteilig ausgeglichen werden, welche zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2017 entstanden sind.

Der Landtagsabgeordnete fügt hinzu: **„Leider hat sich die Bearbeitung sehr hingezogen und es gab immer wieder Verzögerungen. Umso mehr freut es mich nun, dass die Menschen, die von den Zahlungen der Straßenausbaubeiträgen besonders hart getroffen waren, nun endlich etwas Linderung erfahren.“**

(Hauber)

Freistaat Bayern unterstützt Kommunen mit Gewerbesteuerenausgleich

Hauber: **„Es ist wichtig, dass die Kommunen bei der Bewältigung der Krise unterstützt werden“**

Weißenburg. Auch das Jahr 2021 stand im Zeichen der Corona-Pandemie. Dadurch entstanden auch bei den Kommunen einige Herausforderungen, vor allem finanzieller Art.

„Es ist wichtig, dass die Kommunen bei der Bewältigung der Krise unterstützt werden. Aus meiner Erfahrung als Kommunalpolitiker weiß ich, wie schwer es schon in guten Zeiten ist, einen soliden Haushaltsplan für eine Gemeinde aufzustellen“, so der FREIE WÄHLER Landtagsabgeordnete Wolfgang Hauber.

Am 23. November 2021 hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, einen anteiligen Ausgleich der Gewerbesteuereinnahmen 2021 der bayerischen Gemeinden zu leisten, um dabei zu unterstützen, die Kommunalfinanzen weitgehend zu stabilisieren. 330 Mio. Euro wurden aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt. „Es haben sich Ausfälle bei der Gewerbesteuer in der Höhe von 631, 63 Mio. Euro und Ausfälle bei den Gemeindeanteilen an der Spielbankabgabe von 3,91 Mio. Euro ergeben. Da klafft somit ein gewaltiges Loch im Haushalt bei einigen Kommunen in Bayern“, erläutert Hauber. Mit dem Ausgleich können nun somit wenigstens gut die Hälfte der Mindereinnahmen ausgeglichen werden. Der Abgeordnete übte jedoch auch Kritik an der Bundesregierung aus: **„Ich bin wirklich enttäuscht von unserer Ampel-Regierung, dass sie unsere Kommunen hier bei den Gewerbesteuerausfällen nicht beteiligt. Unsere Gemeinden sind essentieller Teil der Krisenbewältigung und werden dabei von der Bundesregierung im Stich gelassen.“**

Für Mittelfranken ergab sich eine endgültige Festsetzung der Finanzausweisungen zum pauschalen Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen im Jahr 2021 in Höhe von 13 998 602 Euro, wobei 7 949 701 Euro schon im Dezember 2021 als Abschlag bezahlt wurden.

Im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen liegen die Ausgleichszahlungen bei insgesamt 296 383 Euro. Die Stadt Weißenburg erhielt im Dezember letzten Jahres eine Abschlagszahlung in Höhe von 226 454 Euro, wurde nun allerdings endgültig ohne Gewerbesteuerausgleich angesetzt, was in der Folge bedeutet, dass das erhaltene Geld zurückbezahlt werden muss. „Es könnte vielleicht im ersten Moment so wirken, als wäre es eine schlechte Nachricht, dass Weißenburg Geld zurückzahlen muss, schaut man sich dies aber genauer an, stellt man fest, dass unsere Unternehmen in der Stadt so stark sind, dass für 2021 keine Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer angefallen sind. Wir können in Weißenburg wirklich stolz sein, dass wir Unternehmen haben, welche die Krise so meistern“, ergänzt der Abgeordnete.

(Hauber)

Patientenbeauftragter MdL Dr. Bauer sorgt sich um Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger



Laut Umfrage-Ergebnissen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) zum Thema „Sorgen der Deutschen“ gibt es nicht nur die wachsende Sorge vor dem Klimawandel, sondern auch eine anhaltende Angst vor Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Tod und Krieg. Vor allem der nahtlose Übergang der Belastung durch die Corona-Pandemie in die aktuelle Furcht vor dem Krieg in der Ukraine beschäftigt viele Menschen Tag

und Nacht. Besonders Kinder und Jugendliche dürfen mit ihren Ängsten nicht allein gelassen werden. Es gilt, prätraumatischen Belastungsstörungen in unserer Bevölkerung gezielt entgegenzuwirken.

Wie kann unsere Psyche all diese schlechten Nachrichten verkraften? Kinder und junge Menschen in unserem Land erleben eine Krise nach der anderen. Wir müssen uns deshalb ernsthaft Gedanken machen, wie wir die heranwachsenden Generationen, aber auch deren Eltern und Großeltern schützen und es nicht zu verstärkten prä- und posttraumatischen Belastungsstörungen in unserer Bevölkerung kommt!

Gerade die prätraumatischen Belastungsstörungen sind noch nicht Allen bekannt. Man weiß aber inzwischen aus Studien, dass es sie gibt. Anders als bei einer posttraumatischen Belastung, die im Nachhinein entsteht, wenn Menschen Schlimmes erlebt haben, bedeutet prätraumatisch, dass man Symptome hat, bevor ein Erlebnis eintritt. Manchmal sogar, ohne dass das Ereignis überhaupt eintritt. Dabei können sich gerade von sehr viel negativer Berichterstattung traumaähnliche Symptome entwickeln. Und diese Symptome stellen dann tatsächlich gesundheitliche Folgen dar und es geht darum, uns rechtzeitig davor zu schützen.

Als Patientenbeauftragter möchte ich jedem empfehlen, der das Gefühl hat, mit der aktuellen Situation nicht alleine umgehen zu können, unbedingt darüber zu sprechen. Ihre Angst müssen Sie nicht alleine bewältigen!

Wenn Sie im Umfeld niemanden zum Austausch haben, gibt es Anlaufstellen, wie beispielsweise die TelefonSeelsorge und Offene Tür e.V.. Melden Sie sich also bei Bedarf über die Telefonnummern 0800 / 111 0 111 oder 0800 / 111 0 222 oder 116 123 sowie per E-Mail oder Chat unter [online.telefonseelsorge.de](https://www.online.telefonseelsorge.de). Es gibt hier auch „Internationale Helplines“ für Gespräche in unterschiedlichen Sprachen. Und gerade für junge Leute kann die Nummer gegen Kummer mit der Rufnummer 116 111 eine gute Anlaufstelle sein.

Was Kinder und Jugendliche betrifft möchte ich außerdem für den Raum München auf die AETAS Kinderstiftung aufmerksam machen. Hier können Kinder, Jugendliche und deren Familien im Zusammenhang mit traumatischen Erlebnissen beraten werden. Als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung setze ich mich dafür ein, dass dieses Beratungsangebot schnellstmöglich auch bayernweit gefördert wird!

Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) hat zusammen mit der Freien Wohlfahrtspflege Landesarbeitsgemeinschaft Bayern ein Hilfetelefon ins Leben gerufen. Menschen, die Hilfe benötigen oder anbieten, können sich sowohl telefonisch unter 089 / 54497199 als auch per E-Mail an Ukraine-hotline@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de wenden. Erreichbarkeit: Montag bis Freitag von 8 – 20 Uhr; Samstag und Sonntag von 10 – 14 Uhr.

Nutzen Sie bei Bedarf diese Angebote.

(Bauer)

Bundesprogramm startet mit neuerlicher Ausschreibung

Aktuell gibt es in ganz Deutschland rund 500 „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“. Sie werden im



**Lokale Allianz für
Menschen mit Demenz**

Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2012 gefördert. Jetzt startet wieder eine neue Ausschreibung. Diese richtet sich an Akteure in Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen es noch an Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Demenz fehlt und die bisher noch keine Förderung im Programm erhalten haben.

Gefördert werden zum Beispiel Vorhaben, welche die Teilhabe von Menschen mit Demenz ermöglichen oder die Unterstützung im Alltag bieten. Neuer Förderschwerpunkt ist der Aufbau einer ehrenamtlichen Erstbegleitung nach der Diagnose in einem frühen Stadium der Erkrankung.

Wer an dieser Bundesförderung Interesse hat, findet alle wichtigen Informationen auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter...

www.wegweiser-demenz.de

Viel Erfolg!
(Bauer)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer unterstützt bayerische Pflegeoffensive und fordert weitere wirksame Maßnahmen

Als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung begrüße ich die Offensive des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege ausdrücklich und unterstütze sie! Sie greift wesentliche Verbesserungspunkte auf, die ich als PPB vorgeschlagen habe. Ziel ist es, den Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen weiter zu verbessern. Es ist nicht hinnehmbar, dass pflegebedürftige Menschen in unseren Einrichtungen auch nur die geringste Not leiden. Pflegequalität heißt Patientensicherheit – und diese muss immer und überall gewährleistet sein, ohne Wenn und Aber!

Auch mir werden immer wieder Missstände berichtet, teilweise auch mit Fotos belegt. Jede einzelne Meldung ist eine Meldung zu viel! Dabei geht es oftmals um mangelhafte Pflege wegen Personalmangel, Hygieneproblemen, Grenzüberschreitungen durch andere Bewohner oder auch durch das Personal sowie falsche Medikamentengaben. Die Berichte stammen von Angehörigen, aber mitunter auch von Angestellten der Einrichtungen.

Seit Langem setze ich mich für mehr Personal bei den Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) ein und bin außerdem der Überzeugung, dass wir ergänzend niedrigschwellige, unabhängige und unbürokratische Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger brauchen. Ich fordere daher mittelfristig Ombudsstellen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Das geplante Pflege-SOS-Telefon ist ein richtiger erster Schritt und schnell umsetzbar.

Außerdem spreche ich mich für eine Zusammenführung der Prüfungen durch FQA und Medizinischen Dienst Bayern aus sowie mehr Transparenz der Prüfungsergebnisse, beispielsweise in Form von Qualitätssiegeln. Eins muss ganz klar und deutlich sein: Wenn gravierende Verstöße und Mängel in Einrichtungen festgestellt werden, die die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner gefährden, dann müssen die Aufsichtsbehörden schneller und härter handeln können! Es darf hier keine Schonfrist mehr geben.

(Bauer)

„Zukunftsdiallog Heimat.Bayern“ startet

Die Bayerischen Staatsministerien für Finanzen und Heimat sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten führen im Mai 2022 in Kooperation mit der Bayerischen Staatskanzlei einen breit angelegten „Zukunftsdiallog Heimat.Bayern“ durch. Im Mittelpunkt dieses Dialogprozesses stehen Bayerns Bürgerinnen und Bürger.

Nutzen Sie diese Chance und bringen Sie ihre Visionen, Ideen und Meinungen zu verschiedenen und Ihnen wichtigen Themen und Entwicklungen in unserer Heimat Bayern aktiv vor Ort oder online mit ein.

Ziel ist es, gemeinsam eine Zukunftsvision für unsere bayerische Heimat zu entwickeln. In Mittelfranken findet hierzu eine Regionalkonferenz am 23. Mai 2022 im Heimatministerium in Nürnberg statt.

Alle weiteren Informationen zu Anmeldung, Bewerbung, Fristen und vieles mehr finden Sie unter www.heimat.bayern/zukunftsdiallog.

Gestalten Sie unsere Heimat mit!

#AnpackenfürBayern

Ihr Dr. Peter Bauer
Landtagsabgeordneter aus Sachsen b. Ansbach
(Bauer)

KONTAKT UND IMPRESSUM

Wolfgang Hauber, MdL

Abgeordnetenbüro
Bahnhofstraße 19,
91781 Weißenburg

Tel.: 09141 / 99 70 170

Fax: 09141 / 99 70 172

E-Mail:

wolfgang.hauber@fw-landtag.de

Homepage:

www.mdl-wolfgang-hauber.de

Facebook:

www.facebook.com/hauberwolfgang/

Instagram:

www.instagram.com/hauberwolfgang/

Twitter:

www.twitter.com/@HauberHauwei

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Abgeordnetenbüro
Weinbergstr. 47,
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 – 207585

Fax: 09827 – 207586

E-Mail:

peter.bauer@fw-landtag.de

Homepage:

www.frankensprecher.de

Facebook:

www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher

Instagram:

www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher

Twitter:

www.twitter.com/@frankensprecher

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie einfach auf uns zu. Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!